

Lukas Haffert

Mehr oder weniger

Konservatismus, Technologieoffenheit und der Stadt-Land-Gegensatz

1. Einleitung

Wie bereits in den vergangenen beiden schwarz-roten Koalitionen, führt die CSU auch in der neuen Bundesregierung drei Ministerien, neben dem Innenministerium (Migration!) nämlich die mit den klangvollen Titeln »Ernährung, Landwirtschaft und Heimat«, sowie »Forschung, Technologie und Raumfahrt«. Eine etwas eigentümliche Kombination, die man, positiv gewendet, als Ausdruck eines klassischen Volksparteiprofils deuten könnte: eine Volkspartei ist für die ganze Breite aller Themen zuständig, von den Wurzeln der Gesellschaft in Heimat und Ackerbau bis zu ihrer interplanetaren Zukunft (O-Ton Koalitionsvertrag: »wir streben an, dass eine deutsche Astronautin oder ein deutscher Astronaut im Rahmen einer internationalen Mission zum Mond fliegt«).¹

Im Folgenden möchte ich jedoch argumentieren, dass diese Verbindung gerade nicht ein Ausdruck der thematischen Breite der CSU ist, sondern vielmehr die spezifische zeitgenössische Form der Verbindung von Land und Konservatismus darstellt. Es ist insofern treffend, dass diese beiden Ressorts von der CSU geführt werden, die nicht nur den eindeutig konservativsten, sondern auch den eindeutig ländlichsten Teil der neuen Regierungskonstellation bildet. Diese Verbindung ist gerade bei der CSU auch gar nicht neu: Rindfleisch und Raketen sind, um im Jargon zu bleiben, gewissermaßen Laptop und Lederhose 2.0.

Die CSU besetzt somit zwei Felder, die zu den Dauerbrennern des Konservatismus gehören: Für Heimat und Landwirtschaft ist das kaum begründungsbedürftig. Dies sind Themen, die im Grunde seit deren Entstehung im Zentrum konservativer Politik stehen. Aber auch Technikbegeisterung ist seit den 1970er-Jahren ein fester Bestandteil konservativer Rhetorik und Programmatik. Jahrzehntelang stand dafür emblematisch die Kernkraft, inzwischen sind es die Fusionsenergie (»Der erste Fusionsreaktor der Welt soll in Deutschland stehen«²) und neuerdings eben die Raumfahrt. Thomas

1 CDU, CSU und SPD 2025, S. 8.

2 CDU, CSU und SPD 2025, S. 78.

Biebricher hat diese konservative Umarmung des Fortschritts treffend als »Technophilie« bezeichnet.³ Diese wird von Biebricher vor allem ideengeschichtlich hergeleitet, etwa unter Verweis auf die Arbeiten von Arnold Gehlen und die Entwicklung eines »technokratischen Konservatismus«.⁴

Demgegenüber möchte ich im Folgenden versuchen, neben diese ideengeschichtliche eine politökonomische Deutung dieser Verbindung von Heimat und Hightech zu stellen. Die These, die ich erproben möchte, lautet, dass die von Biebricher diagnostizierte Entwicklung konservativer Technophilie ihre materielle Parallele in der Verlagerung der industriellen Basis des deutschen Wachstumsmodells aus den – sozialdemokratischen – Städten in den – konservativen – ländlichen Raum hat. Denn gerade die Herausbildungsphase dieses technikutopischen Konservatismus, die Biebricher in den 60er- und 70er-Jahren, und mit dem vielzitierten Strauß-Paradoxon »konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren« präziser im Jahr 1968 verortet, war auch die Zeit, in der sich der Schwerpunkt des produzierenden Gewerbes in Deutschland aus den Städten in die ländlichen Regionen zu verlagern begann.

Wie ich argumentieren möchte, zielt die Politik der »Technologieoffenheit«, wie sie zum Kern ausgerechnet konservativer Regulierungspolitik geworden ist, auf eine Bewahrung und Verstetigung des exportorientierten deutschen Wachstumsmodells, das heute seine materielle und politische Basis in Form von familiengeführten »Hidden Champions« und der bei ihnen beschäftigten Facharbeiterschaft vor allem in den ländlichen Räumen und den Speckgürteln der großen Städte Westdeutschlands hat.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die These, dass eine der zentralen politischen Fragen unserer Gegenwart die nach dem Umgang mit Knappheiten ist. Natürlich stellt Knappheit seit jeher eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft dar (Lionel Robbins' berühmte Definition der Volkswirtschaftslehre – »Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses« – stammt aus dem Jahr 1932), aber während die Politik lange darauf setzen konnte, Knappheiten zu reduzieren, ist sie heute mit sich ständig verschärfender Knappheit konfrontiert. Es hat hier gewissermaßen ein Vorzeichenwechsel stattgefunden: In den Nachkriegsjahrzehnten ging Knappheit zurück, heute nimmt sie zu. Für den Bereich der Staatsfinanzen hatte Paul Pierson diese Verschärfung des Knappheitsproblems bereits in den 1990er-Jahren so beschrieben, dass ein »expansionäres« Fiskalregime, in dem es möglich war, die verfügbaren Mittel jedes Jahr zu erhöhen, von

3 Biebricher 2024, S. 27.

4 Ausführlich dazu Biebricher 2018, Kapitel 3; Greiffenhagen 1971.

einem Regime »permanenten Austerität« abgelöst werde, in der jede Mengenausgabe an einer Stelle eine Kürzung an einer anderen Stelle erforderte.⁵ Noch viel prominenter ist die Frage der Knappheit heute natürlich beim Thema Ressourcenverbrauch, wo sich die Grenzen der Aufnahmefähigkeit unserer Atmosphäre und unseres Biosystems immer deutlicher zeigen. Aber der Umgang mit Knappheit betrifft nicht nur globale Umweltpolitik: auch in der Lokalpolitik, etwa bei jeder Umwandlung von Parkplätzen in Fahrradwege zeigen sich politische Konflikte, bei denen es im Wesentlichen um Knappheitsmanagement geht.

Auf dieses Knappheitsproblem sind grundsätzlich zwei politische Antworten möglich. Die Grundintuition der ersten Antwort lautet: Wo Knappheit herrscht, muss das Angebot ausgeweitet werden. Der Zweck von Politik, so könnte man sagen, ist in diesem Modell die Überwindung von Knappheit durch das staatliche Verfügbarmachen zusätzlicher Ressourcen. Wie ich im Folgenden argumentieren werde, war dies der spezifische Modus Operandi der Politik des 20. Jahrhunderts und kann auf die knappe Formel einer »Politik des Mehr« gebracht werden. Dieses Modell der Politik hat seine soziale Basis heute vor allem im ländlichen Raum. Die Verbindung von Landwirtschaft und Technologie in der Hand der CSU kann insofern als Versuch gedeutet werden, dieses Politikmodell ins 21. Jahrhundert zu verlängern.⁶

Die Grundintuition des zweiten Modells lautet hingegen: Wo Knappheit herrscht, muss die Nachfrage eingeschränkt werden. In diesem Modell ist der Zweck von Politik eher die Reduzierung von Knappheit durch eine staatliche Beschränkung der Inanspruchnahme bestehender Ressourcen.⁷ Dieses Modell kann also auf die Formel einer »Politik des Weniger« verkürzt werden, die ihre soziale Basis heute vor allem in den Zentren großer Städte und in Universitätsstädten hat. Das Scheitern der Ampelkoalition kann auch als Ausdruck davon gedeutet werden, dass der Gegensatz zwischen diesen beiden Vorstellungen in der Ampel unüberbrückbar blieb.

Dieser Gegensatz lässt sich auch als Auseinandersetzung darum verstehen, was die grundlegende Aufgabe der Politik ist. Was soll der Staat leisten? Dabei sind sich beide Lager grundsätzlich einig in der Befürwortung eines

5 Pierson 2001.

6 Den Versuch, dieses Politikmodell als linke Politik für das 21. Jahrhundert zu formulieren, unternehmen gerade die beiden US-amerikanischen Journalisten Ezra Klein und Derek Thomson in ihrem Buch »Abundance« (Klein und Thomson 2025). Sie datieren den Beginn des Konflikts zwischen einer Politik der Angebotsausweitung und der Nachfragereduzierung bereits auf das Aufkommen der Umweltbewegung in den späten 1960er-Jahren. Selbst wenn man dieser Datierung folgt, gewinnt der Konflikt aber heute an Schärfe, indem er eine klare geographische und politökonomische Basis bekommt.

7 Hier sind also Diskussionen um »Verzicht« und »Verbote« einschlägig, vgl. etwa Lepenies 2022.

»starken« Staates. Die Frage ist aber, worin genau sich diese Stärke zeigen soll. Ist ein starker Staat einer, der Ressourcen mobilisieren, oder im Gegenteil einer, der die Ressourcennutzung begrenzen kann?

Drei Begriffsklärungen gleich zu Beginn: Erstens möchte ich betonen, dass es bei der Gegenüberstellung von »Angebotsausweitung« und »Nachfragebeschränkung« um mehr geht als um die Frage des fossilen Ressourcenverbrauchs. Natürlich zeigt sich dieser Gegensatz besonders deutlich in der Energie- und der Verkehrspolitik, wo Forderungen nach »Technologieoffenheit« besonders laut gestellt werden. Ein fundamental ähnlich strukturierter Konflikt besteht aber auch in der Wohnungsfrage. Das Wohnraumproblem in den Städten im Sinne einer klassischen Politik des Mehr durch »bauen, bauen, bauen« zu überwinden, stößt bei den Bewohnern gerade der beliebtesten Wohnviertel zunehmend auf Skepsis. Stattdessen setzt man dort auf regulierende Eingriffe wie die Mietpreisbremse, die letztlich ein Instrument gegen Neubau, vor allem aber gegen Zuzug ist. Auch Mieter können Nimbys sein.⁸ Dabei geht es aber gerade nicht um Aspekte wie den CO₂-Verbrauch bei der Zementproduktion. Die Berliner Bevölkerung hätte wohl auch eine ressourcenneutrale Bebauung des Tempelhofer Feldes abgelehnt.

Zweitens verwende ich den Begriff des »Konservatismus« in einem äußerst pragmatischen Sinne. Mich interessiert vor allem die Union als die Partei, die in Deutschland traditionell mit Konservatismus assoziiert wird, die historisch und auch heute noch politisch die wichtigste Repräsentantin des ländlichen Raums ist, und die eine auf den ersten Blick ganz unkonservative Form der Technologieeuphorie entwickelt hat. Mein Ziel in diesem Text besteht allein darin, der Verbindung zwischen den beiden letztgenannten Punkten nachzuspüren. Grundlegendere Fragen danach, was »Konservatismus« heute bedeutet, spielen in diesem Text keine Rolle.

Drittens möchte ich vorausschicken, dass ich einen sehr engen Begriff von »Stadt« und einen sehr weiten Begriff von »Land« zugrunde lege, wenn ich im Folgenden eine »Politik des Weniger« mit den Städten und einer »Politik des Mehr« mit dem Land verknüpfe: Im Grunde beginnt der ländliche Raum in diesem Text bereits an der Endstation des U-Bahn-Netzes. Für die meisten analytischen Zwecke ist es zwar sinnvoll, Stadt-Land-Unterschiede als Kontinuum zu fassen.⁹ Ich abstrahiere hier aber von solchen Differenzierungen, weil mich vor allem die Verbindung geographischer Räume mit politökonomischen Wachstumsmodellen interessiert. Und dafür ist entscheidend, dass Großstädte sich zunehmend vom klassischen deutschen Wachstumsmodell lösen. Das ist auch der Grund, warum ich

8 Hankinson 2018.

9 Nemerever und Rogers 2021.

von »Stadt« und »Land« statt von »Zentrum« und »Peripherie« spreche: die Basis unterschiedlicher lokaler Wachstumsmodelle liegt in Verdichtung (Stadt) beziehungsweise Flächenverfügbarkeit (Land), nicht in einer relativen (oder gar politischen) Position.

Dieser politökonomischen Konzeptualisierung entspricht aber auch das politische Verhalten: Sowohl bei den politischen Einstellungen als auch im Wahlverhalten verläuft die entscheidende Trennlinie zwischen den Zentren der großen Städte und einigen Universitätsstädten auf der einen Seite, und allen anderen Regionen auf der anderen Seite.¹⁰ Als politische Kategorien gehören der Speckgürtel und oftmals selbst der Stadtrand bereits zum Land.

Im Folgenden möchte ich argumentieren, dass eine Politik des Mehr ein wesentlicher Bestandteil des Wachstumsmodells war, das in den Nachkriegsjahrzehnten zu einer Verringerung von Stadt-Land-Gegensätzen beitrug und das deshalb auch in allen Landesteilen zustimmungsfähig war. Dem stelle ich gegenüber, dass ein solches Modell heute nicht mehr geeignet ist, einen Konsens in Stadt und Land zu generieren und dass die heute zunehmenden politischen Gegensätze zwischen Stadt und Land sich – nicht allein, aber unter anderem – als Konflikt um den politischen Umgang mit Knappheiten deuten lassen.

Dabei werde ich zunächst rekonstruieren, wie der heutige Konflikt zwischen Stadt und Land entstanden ist, wobei ich ihn als ökonomischen sektoralen Konflikt um das deutsche Wachstumsmodell deute. Danach werde ich knapp beschreiben, welche alternativen Erklärungen es für die wachsenden Unterschiede im Wahlverhalten gibt, und auf welche Schwierigkeiten diese Erklärungen stoßen. In einem dritten Schritt leite ich dann schließlich ab, warum Politik im Modus des »Mehr« heute sowohl ländliche als auch konservative Politik ist.

2. Die sektorale Basis des Stadt-Land-Gegensatzes

Die Bundestagswahl 2025 war von einem starken Stadt-Land-Gegensatz geprägt. Dass Stadt und Land das deutsche Parteiensystem strukturieren, ist nicht neu. Dabei waren lange CDU und SPD die Repräsentanten dieses Gegensatzes, der auf das 19. Jahrhundert zurückging und ursprünglich eine sektorale Basis hatte: Im 19. Jahrhundert standen auf der einen Seite die rasch wachsenden, von der Industrie geprägten Städte, die von Liberalismus und Sozialdemokratie repräsentiert wurden. Auf der anderen Seite stand der damals noch immer fast vollkommen agrarische ländliche Raum, in dem konservative Parteien dominierten. Noch heute ist eine Wahlergebniskarte

10 Huijsmans et al. 2021, Maxwell 2019, Haffert 2022.

der demokratischen Hochburgen im Nordosten der USA fast deckungsgleich mit einer Karte der Knotenpunkte des amerikanischen Eisenbahnnetzes des 19. Jahrhunderts.¹¹

Der wesentliche politische Konflikt zwischen Stadt und Land ist in dieser Zeit die Zollpolitik: klassisch in England, wo die Industrie auf Freihandel und die Landwirtschaft auf Schutzzölle drängt, invertiert in den USA, wo die Präferenzen genau umgekehrt sind.¹² In Deutschland hingegen gelang Bismarck eine protektionistische Allianz von »Roggen und Eisen« auf Kosten der Liberalen. Mit Trumps Zollpolitik kehrt insofern auch der ursprüngliche Stadt-Land-Konflikt wieder auf die Bühne zurück, denn sofern man dieser Politik irgendeinen rationalen Kern unterstellen will, dient sie ja dem Schutz des verbliebenen heimischen *Manufacturing*-Sektors, der längst nicht mehr in den großen Städten, sondern in ländlichen Counties seinen Schwerpunkt hat. Auch die imaginierte Neuansiedelung zurückkehrender Fabriken würde sicher nicht mehr in früheren Industriestädten erfolgen, sondern auf dem Land.

Solche sektoralen Gegensätze zwischen Stadt und Land traten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allerdings zeitweilig in den Hintergrund, wie der Stadt-Land-Gegensatz politisch und kulturell insgesamt abnahm. Lebensstile und Konsumformen in Stadt und Land wurden einander ähnlicher, wofür der PKW und der Fernseher die wichtigsten Quellen waren. Das Theater und auch noch das Kino waren eindeutig städtische Formen der Unterhaltung gewesen, der Fernseher war in diesem Sinne geographisch egalitär.

Für die Wirtschaftsstruktur noch wichtiger war aber der LKW: Dieser erlaubte, die Logistik der Industrie von der Eisenbahn und damit von städtischen Eisenbahnknotenpunkten zu lösen. Außerdem gab es auf dem Land mehr Platz für neue Produktionsflächen und die Löhne waren niedriger: Bereits seit den 1960er Jahren verließ die Industrie die Städte und siedelte sich zunehmend im ländlichen Raum an.¹³ Das trug auch dazu bei, dass die geographischen Einkommensunterschiede in dieser Zeit spürbar zurückgingen.¹⁴

Heute ist dieser sektorale Wandel völlig abgeschlossen. Nicht nur ist die Gleichsetzung von »Land« mit »Landwirtschaft« schon seit Jahrzehnten überholt. Selbst in den ländlichsten Regionen Deutschlands prägt die Landwirtschaft zwar noch die Landschaft, aber längst nicht mehr die Wirtschaft. Sogar in den vom bundeseigenen Thünen-Institut für Regionalentwicklung

11 Rodden 2019.

12 Klassisch Lipset/Rokkan 1967, Gourevitch 1986; zu den USA Prasad 2012.

13 Bätzing 2020.

14 Rosés und Wolf 2021.

als »sehr ländlich« klassifizierten Kreisen liegt der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung gerade einmal bei 2,3 % Prozent, bundesweit sogar bei weniger als einem Prozent.

Umgekehrt ist aber auch die Assoziation von »Städten« mit »Industrie« ein Relikt der Vergangenheit. Waren viele Städte bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein noch Industriezentren, hat sich das Stadt-Land-Verhältnis in dieser Hinsicht längst umgekehrt. Der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung ist heute sogar im Ruhrgebiet niedriger als im Bundesdurchschnitt, von Städten wie Hamburg oder München ganz zu schweigen. Auch das wohl prominenteste industrielle Ansiedlungsprojekt der letzten Jahre, die Tesla-Fabrik in Grünheide, entstand nicht zufällig in einer ländlichen, wenn auch stadtnahen Region.

Entsprechend liegt der Schwerpunkt des produzierenden Gewerbes in Deutschland heute auf dem Land. Der Bruttowertschöpfungsanteil des produzierenden Gewerbes und der Bauwirtschaft liegt in den Städten bei nur noch 24 %. In den ländlichen Kreisen ist er mehr als anderthalbmal so hoch.¹⁵ Hinzu kommt, dass diese sozio-strukturellen Unterschiede noch zunehmen. Das zeigt nicht nur die Entwicklung der Bruttowertschöpfung. Es zeigt sich auch daran, wer diese Wertschöpfung erzeugt. So arbeiten von den 55- bis 64-Jährigen in städtischen Kreisen 22,7 % als Produktionsarbeiter¹⁶, in sehr ländlichen Kreisen sind es 30,2 %. Bei den 25- bis 34-Jährigen ist dieser Unterschied mit Anteilen von 19,6 % und 34,1 % fast doppelt so groß.

Aus einer sektoralen Perspektive ist der Stadt-Land-Gegensatz heute also vor allem ein Gegensatz zwischen dem Dienstleistungssektor und dem produzierenden Gewerbe. Das ist auch kein spezifisch deutsches Muster. In den anderen Ökonomien des Westens waren ebenfalls bereits die 1970er-Jahre von einer deutlichen Deindustrialisierung der Städte bei gleichzeitig zunehmender Industrialisierung ländlicher Regionen gekennzeichnet.¹⁷

Was den deutschen ländlichen Raum aber von anderen europäischen Ländern unterscheidet, ist, dass das produzierende Gewerbe dort bis in die Gegenwart in einer besonders starken Position geblieben ist. Zumindest in Westdeutschland ist es also irreführend, sich ländliche Regionen als ökonomisch »abgehängt« vorzustellen. Der entscheidende Unterschied zwischen Stadt und Land besteht nicht in der Höhe des Wohlstands, sondern darin, wie dieser erwirtschaftet wird. Damit ähnelt Deutschland etwa Österreich und der Schweiz, unterscheidet sich aber deutlich von England oder Frankreich. Gerade das Beispiel der Schweiz zeigt aber, dass auch ökonomisch

15 Hierzu ausführlich Haffert 2024.

16 Nach Definition der Bundesagentur für Arbeit.

17 Keeble 1984.

prosperierende ländliche Regionen in scharfen politischen Konflikt mit Städten geraten können. Offenbar sind die Quellen des Wohlstands politisch kaum weniger wichtig als seine Höhe.¹⁸

3. Stadt-Land-Unterschiede im Wahlverhalten

Den wachsenden strukturellen Unterschieden zwischen Stadt und Land entsprechen auch wachsende Unterschiede im Wahlverhalten. Dabei ist der fundamentale, inzwischen seit mehreren Bundestagswahlen anhaltende Trend das Abschmelzen der ehemaligen Volksparteien, dem ein deutlicher Zuwachs der Flügelparteien gegenübersteht. Dieser Zuwachs der Flügelparteien hat eine eindeutige geographische Struktur, die allerdings nicht symmetrisch ist. Sehr ausgeprägt sind die Stadt-Land-Gegensätze links der Mitte, wo die Grünen und die Post-Wagenknecht-Linkspartei den urbanen Pol des deutschen Parteiensystems bilden. Die – deutlich westdeutscher gewordene – Wählerschaft der Linken hatte 2025 ein beinahe identisch urbanes Profil wie die der Grünen. 2025 lebte der mittlere Grünen-Wähler in einem Wahlkreis mit einer Bevölkerungsdichte von 485 Einwohnern pro km² und der mittlere Linken-Wähler in einem Wahlkreis mit einer Bevölkerungsdichte von 463 Einwohnern pro km².¹⁹

Weniger eindeutig ist der Bild am rechten Rand des Parteiensystems. Zwar lebte der mittlere AfD-Wähler 2025 in einem Wahlkreis mit einer Bevölkerungsdichte von 222,1 Einwohnern pro km², also in einem weniger als halb so dicht besiedelten Umfeld wie Grünen- oder Linkewähler. Ein durchgehendes Stadt-Land-Gefälle in den Wahlergebnissen der AfD gibt es allerdings nur in Ostdeutschland. Im Westen dagegen ist das Bild heterogener. Hier erzielt die AfD teilweise auch sehr starke Ergebnisse in ehemaligen Industriestädten und schneidet gleichzeitig in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen eher schwach ab. Insgesamt ist die AfD aber auch im Westen auf dem Land stärker als in den Städten: So erzielte sie ihre absolut stärksten Ergebnisse in Westdeutschland nicht etwa in Kaiserslautern oder Gelsenkirchen, sondern in den Wahlkreisen Deggendorf, Schwandorf und Straubing im ländlichen Niederbayern beziehungsweise der Oberpfalz, auch wenn sie in allen drei Wahlkreisen nur auf Platz 2 hinter der CSU landete. Insgesamt lässt sich damit also dennoch sagen, dass die Opposition im neuen Bundes-

18 Etwas ähnliches gilt für institutionelle Faktoren: Obwohl die politischen Systeme Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ländlichen Regionen eine starke Stellung einräumen, haben die Stadt-Land-Gegensätze in allen drei Ländern zugenommen. Am stärksten sind sie wiederum in der Schweiz, dem Land, das ländliche Interessen politisch am stärksten überrepräsentiert.

19 Haffert 2025.

tag ausschließlich aus Parteien mit klar urban oder klar ländlich dominierter Wählerschaft besteht.

Richtigerweise betrachten die meisten Autoren die AfD allerdings gerade nicht als konservative, sondern als reaktionäre Partei.²⁰ Das wirft die Frage nach der Rolle der Konservativen auf, die ja historisch die politischen Repräsentanten ländlicher Interessen waren. Betrachtet man deshalb die Union als Partei eines traditionellen Mitte-Konservatismus, hat diese zwar ebenfalls ein eher ländliches Profil, dies ist aber viel schwächer ausgeprägt als das der AfD. Dieses Bild ändert sich etwas, wenn man die Union noch einmal in CDU und CSU unterteilt: Die CSU allein hat noch einmal eine deutlich ländlichere Wählerschaft als die AfD. Das liegt allerdings schlicht daran, dass die CSU nur in Bayern antritt. Die Wählerschaft der bayerischen AfD ist wiederum ländlicher als die der CSU.

4. Grenzen der Erklärung mit Einstellungsunterschieden

Das deutsche Parteiensystem wird also immer stärker von geographischen Gegensätzen geprägt. Wie lassen sich diese wachsenden Unterschiede im Wahlverhalten erklären? Ein naheliegender Ansatz wäre, sie mit ebenfalls größer werdenden Unterschieden in den Einstellungen zu erklären: Möglicherweise wollen ländliche Wähler zunehmend andere politische Maßnahmen als städtische Wähler.

Tatsächlich stehen den wachsenden Unterschieden im Wahlverhalten jedoch kaum entsprechend starke Unterschiede in den Einstellungen zu einzelnen politischen Themen gegenüber. Dabei hat die Literatur zum einen Einstellungen untersucht, die typischerweise als »kulturell« beschrieben werden, also insbesondere Einstellungen zu Immigration, aber auch zu LGBTQ-Rechten, Genderfragen oder europäischer Integration.²¹ Zum anderen hat sie Einstellungen zu einer Reihe von Infrastrukturpolitiken untersucht, etwa zu Energiepolitik, Bauen und Wohnen, oder Verkehr.

Zwar findet man bei vielen Themen signifikante Einstellungsunterschiede. Allerdings sind die Unterschiede insgesamt viel kleiner als die Unterschiede im Wahlverhalten. Außerdem haben die Unterschiede kaum zugenommen. Das gilt insbesondere bei den »kulturellen« Einstellungen. Bei den meisten Fragen polarisieren sich die Einstellungen auch nicht, wenn man unter Polarisierung versteht, dass sich die Einstellungen einer Gruppe in die eine, die Einstellungen der anderen Gruppe in die andere Richtung verändern. Eher ist es so, dass sich die Einstellungen in den Städten stark liberalisiert haben,

20 Dazu Biebricher 2024.

21 Luca et al. 2023, Huijsmans et al. 2021, Maxwell 2019.

die Einstellungen auf dem Land sehr viel langsamer. So zeigt eine Studie von Twan Huijsmans und Koautoren über die Niederlande, dass die Einstellungen zu Migration seit den 1990er-Jahren in großen Städten deutlich liberaler geworden, im Rest des Landes dagegen tendenziell konstant geblieben sind.²² Ganz ähnliche Befunde hat Matthias Enggist für Großbritannien und, weniger deutlich, für Frankreich gemacht.²³ Hinter dieser Entwicklung stehen vor allem junge Menschen in Städten, die sich in ihren Einstellungen zu Einwanderung, aber auch zu Europa oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl von ihren älteren Nachbarn, als auch von ihren Altersgenossen auf dem Land unterscheiden.²⁴

Ganz ähnlich lassen sich die Befunde zu stärker materiellen Themen zusammenfassen. Die Bedeutung, aber auch die Grenzen materieller Einstellungsunterschiede zeigt besonders detailliert eine Studie von Borwein et al. zu Kanada. Die Autoren untersuchen eine Vielzahl von Politikfeldern und finden »keine Evidenz, dass diese Stadt-Land-Unterscheide seit den 1990er-Jahren zugenommen haben.«²⁵ In Deutschland zeigen sich beispielsweise im RWI Klima-Mobilitäts-Panel bei 17 von 20 konkreten verkehrspolitischen Vorschlägen statistisch signifikante Stadt-Land-Unterschiede im Anteil der Zustimmung, die stärksten bei Parkplätzen und der Besteuerung von Diesel. Gleichzeitig gibt es aber kein einziges Thema, bei dem eine Mehrheit der Stadtbewohner einem Vorschlag zustimmt, während einer Mehrheit der Landbewohner den Vorschlag ablehnt oder umgekehrt.²⁶ Es handelt sich also stets um graduelle, nie um fundamentale Unterschiede.

Die stärksten Anzeichen für wachsende Unterschiede in den Einstellungen zu konkreten Themen finden sich vermutlich in der Schweiz, wo die Stadt-Land-Unterschiede bei Volksabstimmungen seit den 1980er-Jahren deutlich zugenommen haben. Das betrifft immer wieder auch Abstimmungen mit einer klaren materiellen Komponente. Beispielsweise wurden im Juni 2021 gleich drei umweltpolitische Vorlagen abgelehnt, nämlich ein schärferes CO₂-Gesetz sowie Gesetze zum Trinkwasserschutz und dem Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft. Dabei lag die Zustimmung in den Städten bei allen drei Gesetzesvorlagen bei über 55 %, während sie auf dem Land nie mehr als 36 % erreichte.²⁷ Im November 2024 überstimmte dann eine

22 Huijsmans et al. 2021.

23 Enggist 2025.

24 Haffert und Mitteregger 2023.

25 Borwein et al. 2025, S. 1, eigene Übersetzung.

26 Andor, Hümmecke und Memmen 2022.

27 Longchamp 2021.

Koalition aus großen Städten und sehr ländlichen Gemeinden die Suburbs bei einer Abstimmung über den Autobahnausbau.²⁸

Alles in allem wird man trotzdem festhalten müssen, dass der Polarisierung zahlreicher europäischer Parteiensysteme keine entsprechende Stadt-Land-Polarisierung der Einstellungen gegenübersteht. Das gilt ganz ähnlich auch für Deutschland. Die Forschung hat verschiedene Erklärungsansätze entwickelt, um diese Polarisierung im Wahlverhalten ohne gleichzeitige Polarisierung der Einstellungen zu erklären.

Ein erster Ansatz betont, dass die Frage, wie sich Einstellungen in Wahlverhalten übersetzen, stark von sozialen Normen abhängt.²⁹ Diese dürften zum Beispiel ein Grund sein, warum sich konservative Einstellungen in ländlichen Regionen in Ostdeutschland viel stärker in AfD-Unterstützung übersetzen als in Westdeutschland: Die Institutionen eines etablierten, bürgerlichen, staatstragenden Mitte-Konservatismus sind dort viel schwächer entwickelt als im Westen. Das gilt für die Kirchen, für Stiftungen, ein starkes Vereinswesen, oder die zentrale Rolle von Familienunternehmen für die lokale Wirtschaft und Politik. Insofern gibt es dort zwar konservative Einstellungen, aber keinen organisierten Konservatismus.

Eine zweite Möglichkeit besteht darin, Stadt-Land-Unterschiede weniger mit konkreten Einstellungen, sondern sozialpsychologisch mit Unterschieden in Persönlichkeitstypen, etwa anhand der sogenannten »*Big Five*« zu erklären. Demnach ist »*Openness to Experience*« der schlechthin städtische Charakterzug. Umgekehrt ist das klassisch konservative Charaktermerkmal »*Conscientiousness*« besonders auf dem Land verbreitet.³⁰

Der für meine Zwecke wichtigste Ansatz argumentiert schließlich, es gehe hier weniger um konkrete Einstellungen und vielmehr um soziale Identitäten und die Wahrnehmung politischer Repräsentation. Besonders prominent ist hier Katherine Cramer's Konzept des »*Rural resentment*«, also einer »ländlichen Verbitterung«.³¹ Demnach empfinden ländliche Wählerinnen und Wähler sich als politisch, ökonomisch und kulturell benachteiligt, weil ihre Anliegen zu wenig politisches Gehör und ihre Lebensentwürfe zu wenig soziale Anerkennung fänden. Für die im Folgenden zu entwickelnde Argumentation besonders wichtig ist aber Cramer's Betonung »harter Arbeit« als eines ländlich konnotierten Werts, der von ihr als Teil des kulturellen Resentiments gegen die Stadt gedeutet wird. Cramer selbst leitet diese Beobachtung aus ethnographischen Untersuchungen im ländlichen Wisconsin ab.

28 Micallef et al. 2024.

29 Valentim 2024.

30 Wilkinson 2019.

31 Cramer 2016.

Die prominente Rolle von »harter Arbeit« ist aber auch im europäischen Kontext und mit anderen Methoden bestätigt worden.³²

Die Literatur hat also unterschiedlich gelagerte Ansätze entwickelt, um zu erklären, warum Stadt-Land-Unterschiede im Wahlverhalten sehr viel größer sind als die Unterschiede in den Einstellungen zu konkreten politischen Themen. Ein wesentlicher Nachteil solcher Ansätze ist allerdings ihre begrenzte Fähigkeit, Veränderungen des Stadt-Land-Gegensatzes über Zeit zu erklären. Dazu braucht es einen stärker strukturellen Ansatz.

Ein solcher Ansatz kann an die oben beschriebenen sektoralen Veränderungen anschließen. Die immerhin ja doch vorhandenen Einstellungsunterschiede zu materiellen Themen wie Energiewende oder Verkehrspolitik, und die Schlüsselrolle harter Arbeit für die Erklärung ländlicher Verbitterung lassen sich nämlich gemeinsam und besser verstehen, wenn man sie als Ausdruck eines wachsenden Gegensatzes der sektoralen Schwerpunkte der städtischen und ländlichen Ökonomie betrachtet.

Dahinter steht letztlich auch eine Auseinandersetzung um die Zukunft des deutschen Wachstumsmodells. Denn die starke Rolle des produzierenden Gewerbes in vielen ländlichen Regionen bedeutet auch, dass diese Regionen besonders anfällig für die ökonomischen Schocks der vergangenen Jahre sind: Das deutsche Exportmodell als Rückgrat des ländlichen Wohlstands ist eben besonders empfindlich gegenüber Energiepreisschocks, wie sie vom russischen Überfall auf die Ukraine ausgelöst wurden, ebenso wie gegenüber den drohenden Verwerfungen im Welthandel, die mit der Trumpschen Zollpolitik verbunden sind.

Die im Land der »*Hidden Champions*« beschäftigten Landbewohner haben also durchaus noch einiges zu verlieren. Sie sind keine Modernisierungsverlierer, aber sie fürchten um den Status, den sie in den letzten 50 Jahren gewonnen haben. Genau das ist aber, wie die Forschung vielfach gezeigt hat, eines der wichtigsten Motive für die Wahl rechtspopulistischer Parteien.³³ Insofern überrascht es nicht, dass die AfD bei der Bundestagswahl in Regionen mit einem hohen Anteil von Industriebeschäftigten überproportional stark zulegen konnte.³⁴

Durch die Industrialisierung des ländlichen Raums ist dieser schließlich das Refugium eines bestimmten, mit der Industriegesellschaft verbundenen Wertekanons geworden, der sich, wie von Katherine Cramer beschrieben, insbesondere um die Bedeutung harter, körperlicher Arbeit bildet. So stimmen in Deutschland 45 % der ländlichen Befragten der Aussage zu, auf dem

32 Zu »*Rural Resentment*« allgemein siehe Claassen et al. 2025, speziell zur Rolle »harter Arbeit« Zollinger 2022.

33 Kurer 2020.

34 Kölzer und Hudde 2025.

Land werde härter gearbeitet. Dagegen waren nur 17 % Prozent der städtischen Befragten der gegenteiligen Auffassung, in der Stadt werde härter gearbeitet.³⁵ Friedrich Merz' Forderung, die Deutschen müssten mehr arbeiten, dürfte also nicht nur als reine Wirtschaftspolitik, sondern auch als Identifikationsangebot an dieses ländliche Wählerspektrum zu verstehen sein.

5. Mehr oder weniger

Wie gerade beschrieben, war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer Abschwächung des Stadt-Land-Gegensatzes gekennzeichnet. Diese war nicht nur Ausdruck einer technologischen, kulturellen und wirtschaftsstrukturellen Annäherung von Stadt und Land. Sie war auch eine Annäherung in der grundlegenden Frage danach, was die Rolle des Staates sein soll.

Der fordistische Konsens der Nachkriegszeit entsprach dem, was Charles Maier als »*Politics of Productivity*« bezeichnet hat, nämlich den Versuch, »politische Fragen in Fragen der Produktion zu verwandeln und Klassenkonflikte hinter einen Wachstumskonsens zurückzustellen.«³⁶

Der Staat wurde damit zum Garanten eines Mehr an Wohlstand und Arbeitsplätzen. Seine Aufgabe lag insbesondere darin sicherzustellen, dass der immer größeren Produktivität der Industrie ein ebenso starkes Wachstum der Konsumnachfrage gegenüberstand. Diese Passung von Produktivitätswachstum und Konsumnachfrage wurde durch zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen sichergestellt, von staatlicher Konjunkturpolitik bis zum Ausbau des umlagefinanzierten Rentensystems. Außerdem trat der Staat selbst als Nachfrager und als Produktivitätssteigerer auf, etwa in Form massiver Infrastrukturinvestitionen, deren berühmtestes Beispiel vermutlich das Interstate Highway-System in den USA ist. Auch der Wohnungsbau spielte eine wichtige Rolle: Während das wiedervereinigte Deutschland heute daran scheitert, sein Ziel von 400.000 Wohnungsneubauten im Jahr zu erreichen, wurden in den 1960er-Jahren allein in Westdeutschland jedes Jahr mehr als 500.000 Wohnungen fertiggestellt.³⁷ Auch die Bildungsexpansion mit ihren charakteristischen Schul- und Universitätsneubauten gehört in diese Reihe.

Der große Gewinner dieses fordistischen Wachstumsmodells waren die »Facharbeiter«, von denen es nun auch auf dem Land immer mehr gab: »Das fordistische Wirtschaftsmodell war im Großen und Ganzen eine Kraft

35 Haffert, Palmtag und Schraff 2024.

36 Maier 1977, S. 607, eigene Übersetzung.

37 Statistisches Bundesamt 2023.

der Integration und Einkommensangleichung zwischen Branchen, Qualifikationsgruppen und geografischen Räumen.«³⁸

Eine Politik des Mehr lag aber nicht nur in der Logik der fordistischen Produktionsweise, sie hatte auch simple demographische Gründe: Die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer brauchten und verbrauchten einfach eine größere Infrastruktur. Mehr Kinder, das hieß konkret: mehr Spielplätze, mehr Schulen, mehr Schwimmbäder.

Man könnte also sagen, dass Stadt und Land sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts darüber einig waren, dass die Aufgabe des Staates vor allem darin lag, ein »Mehr« zu organisieren. Dieses Modell konnte sich entsprechend auf eine gemeinsame Unterstützung konservativer und sozialdemokratischer Parteien verlassen.

Das Ende dieses Politikmodus wird üblicherweise damit erklärt, dass er staatlicherseits nicht mehr durchzuhalten war. »Nach dem Boom«³⁹ konnte es sich die Politik schlicht nicht länger leisten, weitere ressourcenintensive Versprechungen zu machen. Gefragt waren vielmehr neue Regierungstechnologien, die es erlaubten, bereits gemacht Versprechen zurückzunehmen.⁴⁰ Wenn es noch möglich war, neue Ressourcen verfügbar zu machen, dann allenfalls in Form ungedeckter Schecks auf die Zukunft.⁴¹

Das ist allerdings eine rein angebotsseitige Erklärung, die unterstellt, dass die Bevölkerung auch weiterhin einen ungebrochenen Wunsch nach einer Politik des Mehr hatte. Dieser Wunsch sei nur immer weniger erfüllbar gewesen. Politischer Wettbewerb wäre demnach zunehmend der Wettbewerb darum, welcher Partei man am ehesten zutraut, auch unter Bedingungen einer alternden und kaum noch Wirtschaftswachstum erzeugenden Gesellschaft Ressourcen für die Bekämpfung von Knappheitsproblemen verfügbar zu machen.

Tatsächlich, so meine Deutung der oben skizzierten Forschungsergebnisse zu Einstellungsunterschieden, ist eine solche Politik des Mehr in ländlichen Regionen noch immer der dominante Modus von Politik. Zwar sind die Einstellungsunterschiede bei Fragen der Energie-, der Verkehrs-, oder der allgemeinen Wirtschaftspolitik nicht sehr groß. Aber sie weisen doch konsistent in eine gemeinsame Richtung: Die Politik der Produktivität hat auf dem Land weiterhin eine stabile Anhängerschaft: Wo Lücken in der alten Infrastruktur noch immer nicht vollständig geschlossen sind, tun sich inzwischen neue Lücken in der digitalen Infrastruktur auf. Und immer dann, wenn die Politik aus Sparzwängen heraus ein »Weniger« in Form eines Infrastruk-

38 Iversen/Soskice 2019, eigene Übersetzung.

39 Raphael und Doering-Manteuffel 2012.

40 Bartel 2022.

41 Streeck 2013.

turabbaus durchzusetzen versucht, etwa bei der Krankenhausreform, regt sich nachvollziehbarerweise heftiger Widerstand. Tatsächlich bekommt das »Mehr« für viele ländliche Regionen angesichts von Alterung und Abwanderung einen ganz existenziellen Sinn: dort wird es zum wichtigsten Ziel der Politik, das Schrumpfen einer Region zu stoppen oder sogar umzukehren. Das macht etwa das »Baukindergeld« zu einer klassisch konservativen Position mit Stadt-Land-Komponente.

Zugleich weisen diese nicht großen, aber konsistenten Einstellungsunterschiede auch in den Städten in eine gemeinsame Richtung: Hier richten sich die Wünsche immer stärker auf einen Staat, der Knappheit nicht durch größeren Ressourceneinsatz überwindet, sondern die Inanspruchnahme knapper Ressourcen stärker begrenzt. Denn städtische Probleme sind zunehmend Folgen eines »zu viel«. So ist ein wesentliches Problem in Städten inzwischen Konkurrenz um Platz: Um Wohnraum, um Parkraum, darum, welche Verkehrsträger wieviel Platz beanspruchen dürfen, aber auch um Kitaplätze und um Termine bei Behörden. Städtische Kommunalpolitik zielt deshalb immer häufiger auf ein Weniger: weniger Verkehr, weniger Lärm, weniger Luftverschmutzung und inzwischen zum Teil auch weniger Touristen und Airbnb-Wohnungen.

Der Wunsch nach einer grundlegend anderen Agenda der Politik zeigt sich aber nicht nur in konkreten lokalpolitischen Maßnahmen. Städterinnen und Städter sind auch die Triebkraft hinter weitergehenden Projekten, die eine Politik des Weniger zum Ziel haben. Das gilt natürlich für den Teil der Klimabewegung, der in »*Degrowth*« eine Voraussetzung für wirksamen Klimaschutz sieht. Es gilt aber auch auf dem Arbeitsmarkt. Berufsanfänger, die mehr Wert auf Work-Life-Balance als auf rasche Gehaltssteigerungen legen, gehören zu den städtischen Gruppen, bei denen das Modell des Mehr an seine Grenzen stößt.

Nun sollte man diese Gegensätze sicher nicht überzeichnen. Die Frage nach »Mehr« oder »Weniger« ist nur eine Form des Stadt-Land-Gegensatzes unter mehreren. So sind in Fragen des Sozialstaats eher die Städter die Anhänger eines »Mehr«. Und auch im engeren Bereich der Infrastrukturpolitik ist das 500 Mrd. Sondervermögen für Investitionen gerade auch in den Städten begrüßt und von den Grünen als wesentliche Repräsentanten einer städtischen Wählerschaft maßgeblich mitgestaltet worden. Insbesondere ging es den Grünen dabei um die »Zusätzlichkeit« der Investitionen. Allerdings würde man hier im Detail schnell wieder Unterschiede feststellen. So haben die Grünen ja auch durchgesetzt, dass 100 Mrd. aus dem 500 Mrd. – Paket in den Klimaschutz fließen, also gerade in die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs.

Auch sollte man bestimmte soziale Milieus in den Innenstadtbezirken nicht mit den Städten insgesamt verwechseln. Selbst in den größten Städten hat die traditionelle Politik des Mehr noch viele Anhänger, insbesondere in den Außenbezirken, die etwa in Fragen der Verkehrspolitik (Parkraum, Tempo 30) oft ganz andere Vorstellungen haben als die Bewohner der Innenstadtbezirke. Die Berliner Konflikte um den Ausbau der Autobahn A100 oder die Verkehrsberuhigung der Friedrichstraße sind hier nur besonders prominente Beispiele.

Trotzdem scheint mir, dass die Frage danach, von wem und wo von der Politik noch immer vor allem erwartet wird, Knappheit durch mehr Ressourcen zu überwinden, nicht nur dazu beiträgt, den Stadt-Land-Gegensatz besser zu verstehen, sondern auch die spezifisch konservative Hinwendung zur Technophilie erklären hilft.

6. Technophilie im Stadt-Land-Konflikt

Wenn Union und SPD laut Koalitionsvertrag dafür sorgen wollen, dass »Deutschland ein starkes Industrieland bleiben«⁴² kann, dann ist das der strukturkonservative Nenner, auf den sich Christdemokraten und Sozialdemokraten heute sehr leicht einigen können. Beide Parteien versuchen insofern, das Grundgerüst des deutschen exportgetriebenen Wachstumsmodells in eine CO₂-neutrale Zukunft zu retten. Allerdings konkurriert die SPD heute sehr stark mit Grünen und Linken um städtische Wählmilieus. Deshalb stellt sich für sie die Aufgabe, dieses Ziel mit Elementen einer Politik des Weniger zu verbinden, weshalb sie auch offener für Eingriffe und Verbote ist.

Dagegen sieht sich die Union in ihren ländlichen Hochburgen einer immer stärkeren Konkurrenz von Seiten der AfD ausgesetzt. Wenn aber die Diagnose stimmt, dass in diesen traditionellen Hochburgen des Konservatismus noch immer von der Politik erwartet wird, Knappheitsprobleme mit einer Ausweitung des Angebots, statt mit einer Einschränkung der Nachfrage zu beantworten, dann wird auch die Anziehungskraft technischer Lösungen für die Union besser verständlich. Denn eine Einschränkung der Nachfrage würde Verbote und Verzicht verlangen, etwas, wovon sich die Konservativen geradezu leidenschaftlich distanzieren.⁴³ Die klassische Lösung, Ressourcen verfügbar zu machen, ist unter den Bedingungen der Gegenwart aber auch weitgehend unplausibel geworden: Erstens hat der Staat dafür

42 CDU, CSU und SPD 2025, S. 6.

43 Biebricher 2024, Lepenies 2022.

kaum noch die finanzielle Kraft (siehe oben) und zweitens sind natürliche Ressourcen heute selbst das größte Knappheitsproblem.

Der konservative Schwenk zur Technologie ergibt insofern Sinn, weil er eine Politik des Mehr möglich zu machen scheint, für die nicht wirklich neue Ressourcen mobilisiert werden müssen. So erklärt sich etwa die konservative Faszination für Fusionsenergie. Aus ländlicher Sicht ist die Verfügbarkeit von günstigem Strom das Knappheitsproblem schlechthin, weil das energieintensive Wachstumsmodell vieler ländlicher Regionen auf günstige Energie angewiesen ist. Eine Politik des Weniger, die hohen Strompreisen Einsparbemühungen entgegensetzen würde, ist dort kaum vermittelbar. Gleichzeitig sind aber auch Windräder und Überlandtrassen in vielen ländlichen Regionen mindestens umkämpft. Das macht auch die Lösung mit erneuerbaren Energien politisch unattraktiv. Fusionsenergie hingegen bietet hier die vermeintliche Lösung, die ermöglicht, auf Windkraftausbau zu verzichten, ohne dafür den Preis eines geringeren Energieverbrauchs bezahlen zu müssen.

Auch autonome Mobilität ließe sich ähnlich in eine Politik der Mehr einbetten. Nicht nur bietet diese Technologie das Versprechen auf eine Ausweitung des Angebots in Zeiten des Arbeitskräftemangels: Selbstfahrende Autos könnten im ländlichen Raum öffentlichen Nahverkehr ohne Personalbedarf ermöglichen. Die autonome Mobilität könnte auch dazu beitragen, Konflikte um knappe städtische Platzressourcen zu vermeiden: Einpendler und Konsumenten müssen sich nicht mehr mit Anwohnern um knappen innerstädtischen Parkraum streiten, wenn sich ihr Auto, nachdem es sie vor dem Büro oder an der Fußgängerzone abgeliefert hat, selbstständig am Stadtrand abstellt.

Weil der Kern des exportgetriebenen deutschen Wachstumsmodells heute in ländlichen Regionen und Speckgürteln liegt, erschöpfen sich die politischen Unterschiede zwischen Stadt und Land also nicht in Positionierungen zu einzelnen politischen Fragen. Sie werfen die viel grundlegendere Frage danach auf, in welchem Modus in Zukunft Politik betrieben werden soll. So sehr eine Politik des Mehr in den Städten an Plausibilität verliert, so sehr bleibt sie ein naheliegender Modus für die ländlichen Herausforderungen. Die strukturellen Bedingungen, die eine solche Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert ermöglicht hatten, sind jedoch längst nicht mehr gegeben. Stattdessen benötigt es heute eine Politik der Angebotsausweitung ohne Ressourceneinsatz. Wer einen Weg sucht, der das ermöglicht, landet fast automatisch bei Technologie.

Literatur

- Andor, Mark A.; Hümmecke, Eva; Memmen, Marvin 2022. *Präferenzen und Einstellungen zu vieldiskutierten verkehrspolitischen Maßnahmen: Ergebnisse der dritten Welle des RWI Klima-Mobilitäts-Panels aus dem Jahr 2022*. Essen: RWI.
- Bätzing, Werner 2020. *Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform*. München: C.H.Beck.
- Bartel, Fritz 2022. *The Triumph of Broken Promises: The End of the Cold War and the Rise of Neoliberalism*. Cambridge: Harvard University Press
- Biebricher, Thomas 2024. »Können Konservative verzichten?«, *Merkur*, 78, 906, November 2024, S. 22–32.
- Biebricher, Thomas 2018. *Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Borwein, Sophie; Lucas, Jack; Romualdi, Tyler; Taylor, Zack; Armstrong, David; McCoy, Katharine 2025. »Urban–rural policy disagreement«, in *European Journal of Political Research*, DOI: 10.1111/1475–6765.70009.
- Claassen, Christopher; Göbel, Sascha; Lang, Antonia; Ackermann, Kathrin; Bankov, Petar; Brookes, Kevin; Cappellina, Bartolomeo; Carman, Christopher; Freitag, Markus; García Del Horno, Rubén; Hernández, Enrique; Rico, Guillem; Rossteutscher, Sigrid; Traunmüller, Richard; Webb, Michael; Zmerli, Sonja; Zumbunn, Alina 2025. »Measuring rural and urban consciousness in Europe«, in *Electoral Studies* 95, 102912. DOI: 10.1016/j.electstud.2025.102912.
- CDU, CSU und SPD 2025. *Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode*
- Cramer, Katherine J. 2016. *The Politics of Resentment – Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*. Chicago: University of Chicago Press.
- Enggist, Matthias. 2025. »Regions drifting apart? Cultural grievances across regions in Britain and France, 1987 – 2017«. Manuskript.
- Gourevitch, Peter 1986. *Politics in Hard Times: Comparative Responses to International Economic Crises*. Ithaca: Cornell University Press.
- Greiffenhagen, Martin 1971. »Technokratischer Konservatismus«. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 31/1971.
- Haffert, Lukas 2025. »Doppelte Unterrepräsentation? Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 im Spiegel von Stadt und Land, Zentrum und Peripherie«, in *Jahrbuch Deutsche Einheit* hrsg. v. Böick, Marcus; Goschler, Constantin; Jessen, Ralph. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 47–64.
- Haffert, Lukas 2024. *Stirbt der Bauer, stirbt das Land?* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Haffert, Lukas; Mitteregger, Reto 2023. »Cohorts and neighbors: Urban-rural conflict along the age gradient«, in *Electoral Studies* 86, 102705. DOI: 10.1016/j.electstud.2023.102705
- Haffert, Lukas; Palmtag, Tabea; Schraff, Dominik 2024. »When group appeals backfire: Explaining the asymmetric effects of place-based appeals«, in *British Journal of Political Science*, 54, 4, S. 1217–1238. DOI: 10.1017/S0007123424000218
- Haffert, Lukas 2022. *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*. München: C.H.Beck.
- Hankinson, Michael. 2018. »When Do Renters Behave Like Homeowners? High Rent, Price Anxiety, and NIMBYism«, in *American Political Science Review*, 112, 3, S. 473–93. DOI: 10.1017/S0003055418000035
- Huijsmans, Twan; Eelco Harteveld; Wouter van der Brug und Bram Lancee 2021. »Are cities ever more cosmopolitan? Studying trends in urban-rural divergence of cultural attitudes«, in *Political Geography*, 86, 102353. DOI: 10.1016/j.polgeo.2021.102353
- Iversen, Torben; Soskice, David 2019. *Democracy and Prosperity. Reinventing Capitalism Through a Turbulent Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Keeble David E. 1984. »The urban-rural manufacturing shift«, in *Geography* 69, S. 163–166.
- Klein, Ezra und Derek Thompson 2025. *Abundance. How we build a better future*. New York: Avid Reader Press.

- Kölzer, Julius und Ansgar Hudde 2025. »Von der blauen Welle getragen? Räumliche Muster der AfD-Unterstützung bei der Bundestagswahl 2025.« In: *De Facto Blog*, Online: <https://www.defacto.expert/2025/03/24/von-der-blauen-welle-getragen-raeumliche-muster-der-afd-unterstuetzung-bei-der-bundestagswahl-2025/> (Zugriff vom 29.08.2025)
- Kurer, Thomas 2020. »The Declining Middle: Occupational Change, Social Status, and the Populist Right«, in *Comparative Political Studies*, 53/10–11 (2020), S. 1798 – 1835. DOI: 10.1177/0010414020912
- Lepenies, Philipp 2022. *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens*. Berlin: Suhrkamp.
- Longchamp, Claude 2021. Der Tag der Extreme. Online: <https://www.swissinfo.ch/ger/politik/schweiz-abstimmung-13-juni-resultate-co2-gesetz-analyse-stadt-land-graben/46703600> (Zugriff vom 29.08.2025).
- Luca, Davide; Terrero-Davila, Javier; Stein, Jonas; Lee, Neil 2023. »Progressive cities: urban–rural polarisation of social values and economic development around the world«, in *Urban Studies* 60, 12, S. 2329–2350. DOI: 10.1177/00420980221148388
- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein 1967. *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Maier, Charles S. 1977. »The politics of productivity: foundations of American international economic policy after World War II«, in *International Organization*, 31, 4, S. 607–633.
- Maxwell, Rahsaan 2019. »Cosmopolitan Immigration Attitudes in Large European Cities: Contextual or Compositional Effects?«, in *American Political Science Review* 113, 2, S. 456–474. DOI: 10.1017/S0003055418000898
- Micallef, Claire; Romy, Katy; Turuban, Pauline; Rigendinger, Balz; Jaberg, Samuel 2024. »Sieben Lehren aus dem Nein zur Abstimmung über den Autobahnausbau«. Online: <https://www.swissinfo.ch/ger/bundespolitik/sieben-zentrale-punkte-vom-heutigen-abstimmungssonntag/88307871> (Zugriff vom 29.08.2025)
- Nemerever, Zoe, and Melissa Rogers 2021. »Measuring the Rural Continuum in Political Science«, in *Political Analysis* 29, 3, S. 267–86. DOI: 10.1017/pan.2020.47
- Pierson, Paul 2001. »From Expansion to Austerity. The New Politics of Taxing and Spending«, in *Seeking the Center: Politics and Policymaking in the New Century* hrsg. v. Martin A. Levin; Marc K. Landy; M. Shapiro. Washington, D.C.: Georgetown University Press, S. 54–80.
- Prasad, Monica 2012. *The Land of Too Much. American Abundance and the Paradox of Poverty*, Cambridge: Harvard University Press.
- Raphael, Lutz; Doering-Manteuffel, Anselm 2012. *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. Göttingen: Vandenhoeck + Ruprecht.
- Rodden, Jonathan A. 2019. *Why Cities Lose: The Deep Roots of the Urban-Rural Political Divide*. New York: BasicBooks.
- Rosés, Joan R.; Wolf, Nikolaus 2021. »Regional growth and inequality in the long-run: Europe, 1900 – 2015«, in: *Oxford Review of Economic Policy*, 37/1 (2021), S. 17 – 48. DOI: 10.1093/oxrep/graa062
- Statistisches Bundesamt 2023. »Seit 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland durchschnittlich 405 000 neue Wohnungen pro Jahr fertiggestellt« Pressemitteilung Nr. N041 vom 29. Juni 2023.
- Streeck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Valentim, Vicente 2024. *The Normalization of the Radical Right: A Norms Theory of Political Supply and Demand*. Oxford: Oxford University Press.
- Weckroth, Mikko; Kempainen, Teemu 2023. »Rural conservatism and the urban spirit of capitalism? On the geography of human values«, in *Regional Studies*, 57, 9, S. 1747–1768. 10.1080/00343404.2022.2151582
- Wilkinson, Will 2019. *The density divide: urbanization, polarization, and populist backlash*, Washington, DC: Niskanen Center.
- Zeit Online. 2025. So hat ihr Wahlkreis seit 1949 gewählt. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-02/historische-bundestagswahlergebnisse-wahlkreise-1949> (Zugriff vom 29.08.2025)

Zollinger, Delia 2022. »Cleavage Identities in Voters' OwnWords: Harnessing Open-Ended Survey Responses«, in *American Journal of Political Science* 68, 1, S. 139–159. DOI: 10.1111/ajps.12743

Zusammenfassung: Die sektorale Grundlage des Stadt-Land-Konflikts ist heute ein Gegensatz zwischen ländlicher Industrie und städtischem Dienstleistungssektor. Dieser Gegensatz übersetzt sich in zwei unterschiedliche Politikmodi: Eine Logik des Mehr, die Knappheitsprobleme durch zusätzliche Ressourcen überwinden will, und eine Logik des Weniger, die ihnen durch eine Beschränkung der Nachfrage begegnen will. Während die Politik des Mehr im 20. Jahrhundert in Stadt und Land gleichermaßen plausibel war, ist sie heute vor allem der Modus ländlicher Politik. Die Hinwendung konservativer Parteien zu technologischen Lösungen erscheint vor diesem Hintergrund als Versuch, die Logik des Mehr aufrecht zu erhalten, ohne tatsächlich Ressourcen verfügbar machen zu müssen.

Stichworte: Konservatismus, Stadt-Land, Politische Ökonomie, Wachstumsmodell, Wahlverhalten

More or less: Conservatism and the urban-rural divide

Summary: The sectoral basis of the urban-rural conflict today is a contrast between rural industry and the urban service economy. This contrast translates into two different policy modes: a logic of more, which seeks to overcome scarcity problems through additional resources, and a logic of less, which seeks to counter them by limiting demand. While the policy of more was equally plausible in both urban and rural areas in the 20th century, today it is primarily the mode of rural politics. Against this backdrop, the turn of conservative parties towards technological solutions appears to be an attempt to maintain the logic of more without actually having to make resources available.

Keywords: Conservatism, urban-rural, political economy, growth model, voting behavior

Autor

Prof. Dr. Lukas Haffert
Département de science politique et relations internationales
Université de Genève
40 boulevard du Pont d'Arve
1205 Genève
Schweiz
lukas.haffert@unige.ch



© Lukas Haffert